

## // TARIF //

### Tarif- und Besoldungsrunde 2017

#### Seid dabei!

Alle Jahre wieder kommt sie – die Tarif- und Besoldungsrunde; und alle Jahre wieder, schließlich sind wir Murretiere, bereiten wir uns darauf vor, kraftvoll in die Auseinandersetzung mit dem Arbeitgeber, der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) um eine gerechtere Verteilung sprudelnder Steuermehreinnahmen einzugreifen. Die Termine stehen: Auftakt Mitte Januar, Schlussrunde bereits Mitte Februar...

Betroffen von der kommenden Runde sind diesmal wieder die Landesbeschäftigten (Angestellte wie Beamte), also z.B. alle bei der Senatorin für Kinder und Bildung beschäftigten Kolleg\*innen in Schulen, aber auch z.B. die Kolleg\*innen des Martinsclubs, des ASB und der Stadtteilschule. Und wenn für Beamt\*innen das Streikrecht noch umstritten ist, klar ist, dass ihre „Alimentation“ der Tarifentwicklung angemessen entsprechen muss („zeit- und inhaltsgleiche Übertragung“). Gemeinsames Kämpfen ist also angezeigt.

Wir wollen in dieser Runde den Gehalts-Anschluss an den TVÖD (Tarifvertrag für Kommunal- und Bundesbeschäftigte), d.h. im Durchschnitt mindestens 4% mehr! Stufe 6 ab EG9 (gilt bereits in Bund und Kommune, nur nicht im Länderbereich!), Höhergruppierungen für sozialpädagogische Fachkräfte (hier beträgt die Differenz zur Eingruppierung kommunaler Erzieher\*innen zwischen 80 und 360€), Eindämmung des Befristungsunwesens.

## // BETRIEBSRAT //

### Die GEW gratuliert:

#### Betriebsrat an der Stadtteilschule gewählt!

Ein guter Tag für die betriebliche Mitbestimmung an der Stadtteilschule e.V.

Seit der Wahl am 18. Oktober 2016 haben die Beschäftigten der Stadtteilschule ihren ersten Betriebsrat gewählt.



v.l.n.r.: Gusel Imran, Teresa Laack, Susanne Wenthe, Olav von Gerven, Barbara Schüll, Hameth Ba, Manizheh Saboori, Swetlana Höcke, Mariam Leithe-Alkhan

Die Finanzlage der Länder zeichnet sich durch deutliche Steuermehreinnahmen aus. Geld für eine angemessene Lohnsteigerung ist also vorhanden! Hier können sich die einzelnen Länder nicht rausreden! Wenn Bremen von diesen Steuermehreinnahmen nichts in die soziale und bildungspolitische Infrastruktur investiert, gefährdet der Senat den sozialen Frieden in dieser Stadt!

#### Und die Lehrer\*innen-Entgeltordnung (L-EGO)?

Die in den letzten Jahren viel diskutierte L-EGO wird in der kommenden Runde aller Voraussicht nach nur eine randständige Rolle spielen – der dbb hat ja 2015 für 30€ „Angleichungszulage“ und wenige Höhergruppierungen (wenige unserer Mitglieder haben davon profitiert) für vier Jahre das Streikrecht verkauft und damit das Tisch-tuch einer Tarifgemeinschaft zerschnitten! Vielleicht einigen sich ja GEW und TdL im Vorfeld der Tarifrunde auf einen „Beitritt“ zu besseren Konditionen... Wir wollen in der L-EGO einen klaren Fahrplan zur Paralleltabelle: A13 = E13 usw., wir wollen aber – und das ist der Kern: A/E13 für alle ausgebildeten Lehrkräfte und keinen Tarifvertrag, der Ständesdünkel festschreibt. Studienrätinnen und Grundschullehrer machen unterschiedliche Arbeit – Ja! Aber diese Arbeit ist nicht unterschiedlich einzugruppieren! Sie unterscheidet sich nicht (mehr) in Ausbildung oder gar Verantwortung! Diese überkommenen Gehalts- und Besoldungsstrukturen müssen endlich überwunden werden! Auch dafür steht die GEW in der Tarifrunde!

Fazit: Wenn ihr im Februar was für eure Schülerinnen und Schüler tun wollt, dann zeigt ihnen, dass es sich lohnt, für die eigenen Interessen einzutreten, ohne die anderer zu verletzen. Nichts anderes ist eine Tarifrunde – und das gilt auch für Beamt\*innen, daher Tarif- und Besoldungsrunde. Also: nach den Zeugnissen auch Demokratieunterricht mit outdoor-Erfahrungen und Gruppenerlebnissen.

## // VERANSTALTUNGSHINWEISE //

#### Arbeitskreis Grundschule Bremen

11.01.2017, 17:00 - 19:00 Uhr  
GEW Sitzungszimmer, DGB-Haus Bremen  
Bahnhofplatz 22-28, 28195 Bremen

#### Arbeitskreis Pädagogischer Mitarbeiter\*innen

12.01.2017, 17:00 - 19:00 Uhr  
Personalrat Schulen Bremen  
Emil-Waldmann-Straße 3, 28195 Bremen

#### AK Frauen in der GEW

13.01.2017, 17:15 - 19:00 Uhr  
GEW Sitzungszimmer, DGB-Haus Bremen  
Bahnhofplatz 22-28, 28195 Bremen

Weitere Informationen und die Anmeldung zu den Seminaren sowie weitere Termine von GEW-Arbeitskreisen, Veranstaltungen und Seminaren gibt's im Internet: [www.gew-hb.de](http://www.gew-hb.de)



## StadtverbandsInfo

// DEZEMBER 2016 //

## // LEHRKRÄFTEMANGEL //

# Kein „Weiter so“ zum 01.02.2017!

### GEW und Personalrat Schulen drängen auf wirksame Maßnahmen gegen den Lehrkräftemangel.

Der Personalrat Schulen wird dem Einsatz von Studierenden an Schulen zum 01. Februar 2017 nicht mehr zustimmen, wenn bis dahin keine wirksamen Maßnahmen gegen den Lehrkräftemangel beschlossen werden. Vorrangig ist dabei die Aufstockung der Referendarsplätze um mindestens weitere 50. Dieses Vorgehen hat die Personalversammlung der Lehrkräfte am 30. November 2016 einhellig unterstützt. Ein „Weiter so“ darf es nicht geben, dieser Umgang mit dem Lehrkräftemangel durch kurzsichtiges „Löcherstopfen“ ist nicht mehr hinnehmbar.

Trotz regelmäßiger unbezahlter Mehrarbeit wurde im Oktober 2016 in der Stadtgemeinde Bremen jede elfte Unterrichtsstunde nicht durch eine voll ausgebildete Lehrkraft unterrichtet, oder sie fiel ganz aus. Über zweihundert Master-Absolvent\*innen erteilen Vertretungsunterricht, statt als Referendar\*innen ihre Ausbildung abzuschließen. Dazu kommen mehr als 230 Bachelorabsolvent\*innen! Etliche werden sogar als Klassenlehrer\*innen eingesetzt. Die Studierenden sind – bei allem guten Willen – selten ausreichend qualifiziert. Keiner von uns würde sich von einem Medizinstudenten operieren lassen... Es droht die schleichende Dequalifizierung des Lehrer\*innenberufs.

Es besteht zurzeit ein bundesweiter Lehrer\*innenmangel, aber die aktuelle Not in Bremen ist zum großen Teil hausgemacht: Der Senat hat es versäumt, rechtzeitig im Hinblick auf die Pensionierungswelle für Ersatz zu sorgen; 2012 wurden gar hundert Stellen für Auszubildende weggekürzt! Ein besonderer Mangel besteht in den Fächern Sonderpädagogik, Deutsch als Zweitsprache, Sport und Arbeitslehre. Diese Studiengänge wurden in der Universität Bremen vor einigen Jahren abgeschafft...

### Forderungen kurz gefasst: Die Senatorin muss endlich

» die Zahl der Referendariatsplätze um mindestens 50 weitere aufstocken. Das Nachrückverfahren bei Absagen von Referendar\*innen muss optimiert werden.

» dafür Sorge tragen, dass der Studiengang Inklusive Pädagogik für die Sekundarstufe umgehend eingerichtet wird, die Studiengänge Deutsch als Zweitsprache, Sport und Wirtschaft-Arbeit-Technik wieder aufgenommen werden und die Attraktivität insbesondere der naturwissenschaftlichen Lehramtsstudiengänge erhöht wird.

» für eine berufsbegleitende Qualifizierung der Quereinsteigenden sorgen mit dem Ziel ihrer (tarif- und besoldungsrechtlichen) Gleichstellung

» den Einsatz von Bachelor-Absolvent\*innen als Unterrichtsvertretung wieder abbauen und ihren Einsatz auf eine festgesetzte Höchststundenzahl beschränken sowie den Schulen Anrechnungsstunden für ihre Einarbeitung, Begleitung und Unterstützung zur Verfügung stellen.



Selbst bei Umsetzung dieser Maßnahmen wird die Personalversorgung kritisch bleiben, da der Lehrkräftemangel bundesweit besteht und zunehmend die Qualität der Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen von zentraler Bedeutung auch für zukünftige Bewerber\*innen ist! Entlastung ist auch durch eine Reduzierung der Aufgaben möglich, insbesondere bürokratische Dokumentationsverpflichtungen, formalistische Präsenzzeitregelungen und pädagogisch fragwürdigen Vergleichstests könnten wegfallen. Dies ist keineswegs mit Kosten verbunden, könnte von den Beschäftigten aber als Signal wahrgenommen werden...

Aber: Ohne eine deutliche Erhöhung der Bildungsausgaben wird es dauerhaft nicht gehen. Bremen hat zurzeit eine der schlechtesten Schüler/Lehrer-Relationen und

## // VORKURSE //

### Integration braucht gute Arbeitsbedingungen

#### Bericht von der Personalversammlung der Vorkurslehrkräfte.

Am 9. November fand die erste Personalversammlung für Vorkurslehrkräfte statt. Es war die bestbesuchte Personalversammlung, die es je gab. Fast 80% aller stadtbremischen Vorkurslehrkräfte waren gekommen.

Um die Situation der Vorkurslehrkräfte und ihrer Schülerinnen und Schüler gleich auf den Punkt zu bringen: Es gibt vielfältige Mängel und Probleme, mit denen unsere Kolleginnen und Kollegen in den über 180 Vorkursen alleingelassen werden.

Sie treten vor allem in zwei zentralen Bereichen ganz deutlich auf: einerseits stimmen die Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen der Vorkurslehrkräfte nicht und andererseits stimmen die schulischen Bedingungen für die geflüchteten und zugewanderten Kinder und Jugendlichen nicht. Unter den jetzigen realen Bedingungen können ihre Bedürfnisse und die Notwendigkeiten nicht ausreichend erfüllt werden.

Aus den über 50 Forderungen, die in der Diskussion mit den Kolleginnen und Kollegen zusammengetragen wurden, haben wir gemeinsam die wichtigsten zu den Bereichen Arbeits-, Beschäftigungs- und zu den Lernbedingungen für die VK-Schüler herausgefiltert.

nach Berlin die niedrigste Besoldung. Wollte Bremen so viel Geld pro Schüler\*in ausgeben wie Hamburg, müsste es jährlich 95 Mio € mehr zahlen!

Sollte der Senat unter dem Diktat der Bundes-Finanzpolitik und des Sanierungsbeirates nicht in der Lage sein, bundesweite Durchschnitts-Standards einzuhalten, so muss er der Öffentlichkeit eingestehen, dass die den Eltern versprochene Schulqualität nicht zu gewährleisten ist. Eine Vorspiegelung ausreichender Versorgung bei unzureichenden Mitteln geht nicht zuletzt auf Kosten der Gesundheit des Personals und wird gewerkschaftlichen Widerstand hervorrufen. Die Beratungszeit für die Senatorin und den gesamten Senat ist kurz – wir sind entschlossen!

Unter der Grundforderung „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ forderten alle VK-Lehrkräfte insbesondere:

- » Schluss mit prekärer Beschäftigung
- » sichere Beschäftigung bei der Senatorin für Kinder und Bildung mit Entfristung der Verträge
- » E-13 / A-13-Eingruppierung bzw. Angebote für berufsbegleitende Qualifizierungsmaßnahmen, um diesen Status zu erreichen - selbstverständlich gilt diese Forderung auch für viele Grundschullehrkräfte und für Kolleg\*innen mit bestimmten Lehrämtern in der Sekundarstufe: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.
- » Doppelbesetzung in allen Vorkursen
- » Fachpersonal für traumatisierte Kinder und Jugendliche
- » Kursgrößen reduzieren und Obergrenzen einhalten
- » ein langfristiges, übergreifendes Sprachförderkonzept, auf das wir seit 2014 warten
- » Alphabetisierungskurse für alle Schulstufen und Schularten
- » Beratungs- und Unterstützungssysteme für Übergänge ins Regelsystem und für die Berufsorientierung in der Sekundarstufe I und II an allgemeinbildenden Schulen und Berufsschulen

Es darf nicht sein, dass wir die hochengagierten VK-Lehrkräfte ihre Schüler\*innen mit diesen zentralen Problemen allein lassen. Wir müssen vielmehr die Verursacher für diese Zustände benennen und deutlich machen, dass Integration so nicht gelingen wird. Und wenn die Zustände weiter so bleiben, ja dann müssen wir uns gemeinsam entschlossen für eine Veränderung dieser Zustände einsetzen!

Denn, frühzeitige Integration ist gut und richtig. In den Vorkursen wird wie in den Kitas und den Grundschulen der Grundstein gelegt. Alle, alle Vorkurslehrkräfte und alle, wirklich alle im Arbeitsfeld Schulen Tätigen tun alles für eine gelingende Integration. Wir alle sind hochengagiert. Wir leisten unseren Beitrag.

Aber die Bedingungen müssen stimmen. Das ist eine Ressourcenfrage. Der Mär, dass primär die Qualität von Schulen losgelöst von den notwendigen Ressourcen diskutiert werden könnte, treten wir entgegen. Wir werden nicht über die Qualität von Schulen und damit gern verbunden über die Qualität von Unterricht und Lehrkräften sprechen, wenn nicht vorrangig die notwendigen Ressourcen bereitgestellt werden.

## // INGRUPPIERUNG //

### A13/E13 für Alle: Lehrkräfte demonstrieren für eine gerechte Eingruppierung

**Die Bezahlung vieler Grundschullehrkräfte und einer Reihe von Kolleg\*innen mit bestimmten Lehrämtern in der Sekundarstufe ist ungerecht. Es gibt nämlich kein sachliches Argument, warum einige A 12 / E 11 bekommen, andere aber A 13 / E 13.**

Lehrerinnen und Lehrer, egal in welcher Schulstufe, sind Träger\*innen des Bildungsprozesses und übernehmen somit eine große Verantwortung für die Zukunft unseres Bundeslandes. Dies tun sie auf der Grundlage einer gleichlangen wissenschaftlichen Ausbildung, in der sie zehn Semester studieren und ein Referendariat über achtzehn Monate absolvieren. Wer einen Blick in die Schulen wirft, weiß, dass alle Lehrkräfte die Inklusion umsetzen, jungen Menschen helfen die Welt zu verstehen, theoretisch fundiert und gleichzeitig bezogen auf Kinder und Jugendliche arbeiten, Persönlichkeiten bilden und pädagogische Reformen anstoßen.

In Bremen und Bremerhaven gibt es damit kein Argument, Lehrkräfte nicht gleich zu bezahlen. Die systematische Einstufung von Grundschullehrerinnen und Grundschullehrern in die Gehaltsgruppe A12 trägt zudem zu der Ungerechtigkeit bei der schlechteren Bezahlung vermeintlicher Frauenberufe bei. Angesichts der Tatsache, dass die Zahl der Lehrerinnen die der Lehrer im Grundschulbereich weit übersteigt, handelt es sich bei der Eingruppierungspraxis um eine mittelbare Geschlechterdiskriminierung, die dringend abgeschafft gehört.

## // PROJEKT //

### Gute Bildung für Geflüchtete

Die GEW Bremen organisiert seit September 2016 das Projekt „Gute Bildung für Geflüchtete an Schulen“. Das Projekt wird von dem weltweiten Dachverband der Bildungsgewerkschaft der „Bildungsinternationalen“ finanziert. Wir wollen gemeinsam mit den betroffenen Lehrkräften Konzepte für bessere Lernbedingungen für geflüchteten Kinder und Jugendliche erarbeiten und diese sowie bessere Arbeitsbedingungen politisch durchsetzen.

Für Fragen wendet euch gerne an folgende E-Mail Adresse: [bi-projekt@gew-hb.de](mailto:bi-projekt@gew-hb.de).

Aus diesem Grund haben Grundschullehrerinnen und einige Grundschullehrer aus Bremen und Bremerhaven am 16. November vor der Bremischen Bürgerschaft für eine faire Bezahlung demonstriert und die Senatorin Dr. Bogedan aufgefordert, als Präsidentin der KMK eine länderübergreifende Initiative zur Aufwertung der Gehälter einzuleiten.



Etwa 100 Lehrkräfte aus Bremerhaven und Bremen zogen vom Bremer Hauptbahnhof vor die Bremische Bürgerschaft. Dort überreichte GEW-Landesvorsitzender Bernd Winkelmann Bildungssenatorin Claudia Bogedan das Rechtsgutachten "Mittelbare Geschlechtsdiskriminierung bei der Besoldung von Grundschullehrkräften nach A 12". Anschließend stellte eine Delegation von Grundschullehrkräften der in der Bürgerschaft tagenden Bildungsdeputation die Forderungen der GEW vor.

"Wir fordern gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Wenn Sie die Aufwertung der benachteiligten Lehrkräfte einleiten und die mittelbare Diskriminierung der Grundschullehrkräfte beenden, können Sie als KMK-Präsidentin in die Geschichte eingehen", appellierte Winkelmann an die Senatorin. Bogedan sagte, sie wisse, "welche Arbeit in den Grundschulen geleistet wird. Es wird aber ein langer Weg dahin sein". Die GEW wird die Senatorin auf diesem Weg gerne begleiten und auf dem richtigen Kurs halten.